



SEBASTIAN ELSBACH

Eiserne Front.
Abwehrbündnis gegen rechts 1931 bis 1933
(Schriftenreihe der Gesellschaft zur Erforschung der
Demokratie-Geschichte, Bd. 1)

Weimarer Verlagsgesellschaft | Wiesbaden 2022
160 Seiten, gebunden | 16,00 €
ISBN 978-3-7374-0294-1

rezensiert von

DENNIS WERBERG, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Am 16. Dezember 1931 schlossen sich mehrere republikanische Organisationen, darunter die SPD, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Freien Gewerkschaften sowie der Arbeiter-Turn- und Sportbund zur »Eisernen Front« zusammen. Dieses »Abwehrbündnis gegen rechts« stellt Sebastian Elsbach in den Mittelpunkt einer eigenen, knapp abgefassten Studie zur historisch orientierten Demokratieforschung. Dabei ordnet er die Vorgeschichte und die Arbeit dieses republikanischen Zusammenschlusses in die Geschichte der Endphase der Weimarer Republik ein. Da die Eiserne Front keineswegs eine festgefügte, hierarchisch strukturierte Organisation war, sondern sich vielmehr über gemeinsame Verbindungsausschüsse der genannten eigenständigen Verbände organisierte, nimmt insbesondere die Tätigkeit des Reichsbanners hier viel Raum ein, die Elsbach bereits in seiner Dissertationsschrift umfassend behandelt hat.¹ Der Vorzug der hier besprochenen Arbeit liegt vor allem in der komprimierten Form, in der er seine Forschung für den Lesenden aufbereitet.

Spätestens mit dem erdrutschartigen Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen im September 1930 war die Bedrohung des Nationalsozialismus für die Republik von Weimar offenkundig geworden. Das Parlament, die staatlichen Überwachungs- und Polizeibehörden sowie die Gerichte gingen aus verschiedenen Gründen nicht oder in nur unzureichendem Maße gegen diese Bedrohung vor. Initiativen im Reichstag gegen NSDAP und SA hatten aufgrund der starken Fragmentierung des Parlamentes und der inzwischen erreichten Stärke der nationalsozialistischen Fraktion kaum Aussicht auf Erfolg. Das Amt des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung war personell nur schwach besetzt. Das Gleiche galt für die politische Polizei auf Landesebene. Zudem bestand zwischen den Behörden Uneinigkeit darüber, welches Verhalten der beobachteten politischen Akteure als verfassungsfeindlich

¹ Sebastian Elsbach, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik, Stuttgart 2019.

anzusehen war und welches nicht. Der nach den Reichstagswahlen 1930 eingesetzte Sonderbeauftragte, der im Auftrag des Reichsministers des Innern Maßnahmen zur Eindämmung der Nationalsozialisten erarbeiten sollte – der Zentrumspolitiker und Mitbegründer des Reichsbanners Carl Spiecker – wurde nach dem »Rechtsruck« des Kabinetts Brüning im Herbst 1931 wieder abberufen. In dieser Situation waren es politisch engagierte Republikaner und ihre Organisationen, die in die Bresche sprangen. Im März 1931 schlossen sich diese zum Kartell republikanischer Verbände zusammen mit dem Ziel, die gemeinsame politische Basis zu verbreitern, das Reichsbanner durch den Aufbau paramilitärischer Verbände für den Kampf auf der Straße zumindest teilweise zu militarisieren und konkrete Verbotsmaßnahmen gegen die NSDAP zu erarbeiten. Über die Reichsbanner-Zeitung veröffentlichten die republikanischen Aktivisten neueste Entwicklungen und Vorkommnisse in Verbindung mit NSDAP und SA, um die Zivilgesellschaft auf die Bedrohung von rechts aufmerksam zu machen und den öffentlichen Druck auf die Regierungen zu erhöhen.

Hierzu gehörte auch, auf festgestellte Missstände in der Reichswehr hinzuweisen, der in der Endphase der Republik eine immer größere innenpolitische Bedeutung zukam. Dies führte zu großen Belastungen und Spannungen im Verhältnis zwischen Streitkräften und Reichsbanner, die auch durch persönliche Animositäten zwischen Reichswehrminister (und seit Oktober 1931 zugleich Reichsinnenminister) Wilhelm Groener und dem Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Otto Hörsing, die eine regelmäßige briefliche Korrespondenz pflegten, bedingt waren. Zu wirksamen Schritten gegen die Nationalsozialisten, wie Hörsing sie forderte, ließ sich Groener zunächst nicht bewegen. Gleichzeitig nahm die Reichswehr die Annäherung von Reichsbanner und preußischer Landespolizei alarmiert auf. Der Versuch des Reichsbanners, im Zusammenwirken mit der Polizei ein republikanisches Gegengewicht zur Reichswehr aufzubauen, scheiterte jedoch am preußischen Innenminister Carl Severing, der stattdessen daraufsetzte, ein vertrauensvolles Verhältnis zum Reichswehrministerium aufzubauen. Dies setzte dem Reichsbanner enge Grenzen.

Für die Gründung der Eisernen Front im Dezember 1931 macht Elsbach verschiedene Motive aus. Vor allem war die Eiserne Front eine Antwort der republikanischen Verbände auf den allgemeinen Rechtsruck auf Reichsebene. So sollten die Kräfte des republikanischen Lagers insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe des Jahres 1932 und für den Abwehrkampf gegen die immer stärker werdende NS-Bewegung gebündelt werden. Deutlich weniger Einfluss als bisher angenommen hatte laut Elsbach die Großveranstaltung der selbsternannten »Nationalen Opposition« in Bad Harzburg im Oktober 1931, bei der die Republikfeinde von rechts daran scheiterten, ein festes Bündnis zu schließen. Von großer Bedeutung waren jedoch darüber hinaus machtpolitische widerstreitende Interessen innerhalb des republikanischen Lagers. So verfolgte die Reichsbanner-Führung unter Hörsing mit dem Zusammenschluss das Ziel, die Weimarer Koalition des Jahres 1919 im außerparlamentarischen Raum neu zu beleben und nicht zuletzt die Position des Reichsbanners als überparteilicher republikanischer Sammlungsbewegung zu stärken. Die SPD dagegen strebte danach, über den Zusammenschluss ihre Kontrolle über das Reichsbanner zu stärken und es in Zeiten der innenpolitischen Krisen zu einer rein sozialdemokratischen Schutztruppe umzuformen. In den Auseinandersetzungen zwischen Verband und Partei setzte sich die SPD schließlich durch und zwang Hörsing zum Rücktritt. An seine Stelle trat als geschäftsführender Vorsitzender Karl Höltermann, der eine stärkere Anbindung des Reichsbanners an die SPD garantieren sollte.

Hiernach bemühte sich Höltermann um eine Annäherung an Reichsregierung und Reichswehr und bot eine Zusammenarbeit mit der Eisernen Front bzw. mit dem Reichsbanner als zuverlässige Alternative zu einer Kooperation mit den Nationalsozialisten an. Um den erwarteten Aufstieg der NSDAP abzubremsen erklärte sich die SPD derweil bereit, das Kabinett Brüning weiter zu tolerieren. Das Engagement der Eisernen Front für die Wiederwahl Paul von Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl im März und April 1932 verfolgte dasselbe Ziel. Als Groener in seiner Funktion als Reichsminister des Innern dem Druck der Länder nachgab und am 13. April 1932 ein reichsweites Verbot für SA und SS verhängte, schien dies ein großer Erfolg für die Republikaner zu sein. Vor dem Reichstag nahm Groener gleichzeitig das Reichsbanner in Schutz, erkannte den

überparteilichen Charakter des Verbandes an und grenzte ihn positiv von der SA ab, die nicht dem Staatswohl, sondern einem einzigen Mann, nämlich Hitler, verpflichtet sei. Ein Zusammengehen von Reichswehr und Reichsbanner hätte jedoch die von Reichspräsident Hindenburg beabsichtigte autoritäre Umgestaltung des politischen Systems in Frage gestellt. Wie aus dem Nichts brachte Hindenburg daher am 26. April 1932 ein Verbot des Reichsbanners ins Spiel. Außerdem lief das SA-Verbot den Plänen Kurt von Schleichers, dem Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium und engen Vertrauten Groeners, entgegen, die nationalsozialistische Schlägertruppe als Personalreservoir für die Aufrüstung der Reichswehr zu gebrauchen. Noch im Mai wurde Groener dazu gedrängt, das Amt des Reichswehrministers niederzulegen. Nachdem Brüning am Ende desselben Monats als Reichskanzler ebenfalls zurückgetreten war, wurde das SA-Verbot unter seinem Nachfolger Franz von Papen bereits im Juni 1932 wieder aufgehoben. Schleicher wurde neuer Reichswehrminister. Trotz alledem hielten das Reichsbanner und die Eiserne Front unter Höltermann an dem bisherigen Kurs fest und boten sich selbst nach der verfassungswidrigen Absetzung der sozialdemokratisch geführten Regierung in Preußen am 20. Juli 1932 (»Preußenschlag«) als verlässlicher Partner der Reichswehr an. Die Übertragung der politischen Macht an Hitler am 30. Januar 1933 führte zunächst zu einer weiteren Intensivierung der Verbandsarbeit. Die letzte Massenveranstaltung der Eisernen Front fand am 17. Februar im Berliner Lustgarten statt. Doch bereits im März 1933 wurde das Reichsbanner in allen Ländern verboten und seine Organisationsstruktur zerschlagen.

Es ist ein zentrales Anliegen Elsbachs zu zeigen, dass selbst Länder mit starker autoritärer Tradition demokratiefähig sind – dafür ist Deutschland im Übergang vom Kaiserreich zur Republik ein gutes Beispiel. Doch ist Demokratie, selbst wenn sie erreicht ist, keine Selbstverständlichkeit. Sie muss gelebt und – wenn nötig – auch verteidigt werden. In Zeiten erstarkender autoritärer, demokratiefeindlicher Bewegungen und Parteien ist dieser Appell dringender denn je. Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Auch wenn sie am Ende nicht erfolgreich waren, können die demokratischen Aktivistinnen und Aktivisten in der Weimarer Republik, die versuchten, »selbst in einer vermeintlich ausweglosen Situation noch ihren Idealen treu zu bleiben« (S. 17), als Vorbild dienen. Gleichzeitig müssen wir bei fest etablierten, autokratischen Systemen hinsichtlich der möglichen Geschwindigkeit eines politischen Wandels realistisch sein. Das gilt insbesondere für Gesellschaften, die über keine oder nur sehr schwache demokratische Traditionen verfügen. Elsbach warnt in diesem Zusammenhang zu Recht vor der Einnahme einer allzu aktivistischen Position und weist darauf hin, dass Demokratie nicht durch Kompromisslosigkeit gegenüber antidemokratischen Kräften allein erreicht werden könne: »Demokratiebewegungen sind fast immer auf einflussreiche Überläufer oder einen Kompromiss mit autoritären Machthabern angewiesen [...].« (S. 17) Nur selten wird Demokraten die Macht einfach in die Hände gelegt. Daher ist es umso wichtiger, auf die Bedingungen des Erfolges bzw. des Misserfolges demokratischer Bewegungen in der Vergangenheit zu schauen, um hieraus Lehren auch für heutige Entwicklungen ziehen zu können.

Zitierempfehlung

Dennis Werberg, Rezension zu: Sebastian Elsbach, Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen rechts 1931 bis 1933, Weimarer Verlagsgesellschaft, Wiesbaden 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81975>> [28.2.2024].